

Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln

Westdeutscher Rundfunk

Appellhofplatz 1 50667 Köln  
Telefon +49 (0)221 220 2100 Telefax +49 (0)221 220 772100

Ständige Publikumskonferenz  
der öffentlich-rechtlichen Medien e.V.  
Frau Maren Müller  
Hofer Straße 20a  
04317 Leipzig

Köln, 5. Dezember 2014

**Ihr Schreiben vom 17. Oktober 2014 zu der Meldung „Entwicklungsminister übergibt der Ukraine Hilfsgüter aus Deutschland“ in den WDR- Hörfunkprogrammen sowie im begleitenden Internetangebot am 13. Oktober 2014**

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 17. Oktober 2014, das ich am selben Tag erhalten habe. Sie kritisieren eine Meldung der Hörfunk-Nachrichten vom 13. Oktober 2014 zur Krise in der Ukraine. Darin hieß es unter der o.g. Überschrift:

*„Im Osten der Ukraine scheint sich die Lage etwas zu entspannen. Russland ist der Aufforderung des Westens nach eigenen Angaben gefolgt und hat damit begonnen, seine Soldaten aus dem Kampfgebiet zurückzuziehen. Die Nato will das jetzt überprüfen.“*

Sie sehen darin eine Falschmeldung, in der zwei fehlerhafte Behauptungen aufgestellt wurden. Die Soldaten haben sich nicht im „Kampfgebiet“, sondern an der Grenze zur Ukraine befunden. Außerdem sei die Behauptung, Russland sei nach eigenen Angaben der Aufforderung des Westens gefolgt, nicht zu belegen. Mit den Meldungen werde „ein Schuldeingeständnis Russlands in Bezug auf eine – von Russland bestrittene – Beteiligung der russischen Armee im ukrainischen Bürgerkrieg konstruiert“. Schließlich kritisieren Sie, dass die Richtigstellung der Meldung im Internet ohne weiteren Hinweis erfolgt sei und der Stand der Nachricht nicht angepasst worden sei. Sie sehen in all dem einen Verstoß gegen Programmgrundsätze, insbesondere § 5 Absatz 6 WDR-Gesetz.

In der Tat sind die Aussagen zur Verortung des Truppenrückzugs und zu den möglichen Hintergründen nicht zutreffend, zumindest aber missverständlich. Gemeint war die angekündigte Verlagerung von Militäreinheiten aus dem Grenzgebiet Russlands zur Ostukraine. Auch ist der Text insofern nicht eindeutig, als dass das „nach eigenen Angaben“ auf die Aufforderung des Westens bezogen gesehen werden kann, statt auf den Truppenrückzug.

Diese Darstellung am Morgen des 13. Oktobers bedauern wir daher sehr, zumal sie zwischen 06.00 Uhr und 08.30 Uhr insgesamt viermal über den Sender gegangen ist. Dass es ganz sicher nicht in der Absicht der WDR-Redaktion lag, hier einen falschen



Eindruck zu vermitteln, können Sie schon daran erkennen, dass die WDR Radionachrichten bei allen Meldungen des Vortages, und zwar in drei verschiedenen Versionen, den korrekten Sachverhalt wiedergeben haben.

Die Redaktion ist sich der Fehlerhaftigkeit der Meldung, die in den frühen Dienststunden morgens um 04.00 Uhr abgesetzt wurde, bewusst: Da die Meldung erst kurz vor der Sendung fertiggestellt war, hat offensichtlich auch das „Vier-Augen-Prinzip“ nicht gegriffen. Redaktionsintern wurde der Vorgang sehr kritisch nachbesprochen und vor allem an das Prinzip „Genauigkeit vor Schnelligkeit“ appelliert. Zu diesem Thema hat die Chefredakteurin des WDR Hörfunks einen dringenden Appell an alle Redaktionen verfasst, in dem sie explizit darauf hinweist, dass im konkreten Kontext mit ganz besonderer Achtsamkeit jede Formulierung geprüft werden muss. Aus den Gesprächen mit den beteiligten Mitarbeitern ergaben sich aber keinerlei Hinweise, dass es sich um eine bewusste Verfälschung gehandelt haben könnte, wie Sie mutmaßen.

Natürlich bedauern wir den Fehler sehr, da er die Zuverlässigkeit der WDR Radionachrichten in Zweifel zieht. Insofern hilft uns auch Ihre Aufmerksamkeit, unsere Arbeitsabläufe zu optimieren und trägt zur Qualität unserer Angebote bei.

Auch wenn es sich hier um einen Fehler bei der Nachrichtengebung gehandelt hat, so kann ich im Ergebnis keinen Verstoß gegen Programmgrundsätze erkennen. Zu Recht führen Sie in Bezug auf die Radionachrichten selbst § 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz an, wonach Nachrichten vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Inhalt, Herkunft und Wahrheit zu prüfen sind. Nach der Vorgabe des WDR-Gesetzes wie auch nach § 10 Absatz 1 Satz 3 Rundfunkstaatsvertrag, der insoweit ebenfalls für den WDR gilt, ist hier von einem „gleitenden Sorgfaltsmaßstab“ auszugehen, bei dem es auf die Umstände des Einzelfalls ankommt. Dies ergibt sich aus dem einschränkenden gesetzlichen Wortlaut „mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt“. Je schwerer der Eingriff in fremde Rechte ist, der von einer Nachricht ausgeht, umso höhere Anforderungen sind an die publizistische Sorgfaltspflicht zu stellen.

Hinsichtlich der Wahrheitspflicht bedeutet dies, dass Nachrichten auf ihre Wahrheit zu prüfen sind. Das Ergebnis der Prüfungen ist dann in die Berichterstattung einzubeziehen. Gegen die gesetzliche Verpflichtung zur Wahrheit wird aber, soweit nicht in Rechte Dritter eingriffen wird, nur verstoßen, wenn der als richtig anerkannte Sachverhalt bewusst verfälscht wird. Denn mit der Wahrheitsverpflichtung gibt der Gesetzgeber nichts Unmögliches vor und fordert insbesondere nicht, dass jegliche Fehlerquelle auszuschalten wäre. Hierum können wir uns nur bemühen, werden dies letztlich allerdings nie gewährleisten könnten.

Die Schwelle zu einem Rechtsverstoß sehe ich daher nicht als überschritten an, so dass ich Ihrer Programmbeschwerde nicht abhelfe.

Des Weiteren möchte ich noch auf Ihre Kritik wegen des Online-Angebots und der unterbliebenen Richtigstellung eingehen. Von der Meldung wurde mit Blick auf die schon verfügbare korrekte Darstellung vom 12. Oktober eine redigierte Fassung des Textes



vom 13. Oktober 2014 ins WDR-Internet-Angebot eingestellt, die der bereits bekannten und auch von uns so gemeldeten Informationslage entspricht.

Ich gebe Ihnen Recht, dass es hier im Interesse der Internetnutzerinnen und -nutzer gelegen hätte, einen entsprechenden Hinweis auf das Aktualisierungsdatum einzustellen. Auch hier ging es vor allem um die schnelle Behebung eines inhaltlich fehlerhaften Interneteintrages. Wie bereits in meinem Schreiben vom 12. November 2014 erläutert, werden wir in Zukunft auf solche Fälle ein vermehrtes Augenmerk legen und erforderlichenfalls Änderungen kenntlich machen.

Von einer Rechtsverletzung wegen eines Verstoßes gegen den hier einschlägigen Grundsatz der journalistischen Fairness nach § 5 Absatz 5 Satz 3 WDR-Gesetz gehe ich nicht aus. Für die Redaktion stand die möglichst rasche Korrektur der Fehlleistung im Internet im Vordergrund, keine gezielte Verschleierung. Da der Fehler leider erst einige Tage nach der fehlerhaften Meldung in den Hörfunknachrichten bemerkt wurde und sich die Nachrichtenlage insoweit überholt hatte, wurde in dem Fall von einer Richtigstellung im Hörfunk abgesehen.

Ungeachtet der rechtlichen Einordnung möchte ich Ihnen versichern, dass wir im Westdeutschen Rundfunk jede Kritik unseres Publikums sehr ernst nehmen und kontinuierlich solchen Hinweisen zur Verbesserung unserer Programmqualität nachgehen. Zusammenfassend komme ich jedoch zu dem Ergebnis, dass ich Ihrer Beschwerde weder hinsichtlich der Hörfunknachrichten an sich noch bezüglich der Korrektur im Internet abhelfen kann.

Es bleibt Ihnen aber unbenommen, gegen diesen Bescheid innerhalb eines Monats ab Zugang den Rundfunkrat anzurufen. Die Anrufung ist zu richten an: WDR Köln, Geschäftsstelle des Rundfunkrats, 50600 Köln oder WDR Köln, Intendanz, 50600 Köln.

Abschließend möchte ich noch gerne auf Folgendes hinweisen: Die förmliche Programmbeschwerde gemäß § 10 Absatz 2 WDR-Gesetz ist nicht als öffentliches Verfahren ausgestaltet. Dieser Bescheid ist mithin auch nicht zur Veröffentlichung vorgesehen. Auch bei der gemäß § 10 Absatz 4 WDR Gesetz vorgesehenen Veröffentlichung des Vierteljahresberichts des Intendanten ist darauf zu achten, dass die schutzwürdigen Belange von Betroffenen gewahrt bleiben. Dies vorweggeschickt, weise ich mit Blick auf die von Ihnen angekündigte Veröffentlichung dieses Schreibens auf der Webseite Ihres Vereins darauf hin, dass diese in Ihrer ausschließlichen Verantwortung liegt und sämtliche eventuell berührte Rechte Dritter (Urheberrechte, Persönlichkeitsrechte, Datenschutz) durch den Ständige Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen Medien e.V. geprüft/geklärt werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen

Tom Buhrow